



Das Spiel

DIE REGELN DER TROIKA

Immobilien im Wert von Milliarden werden verschleudert, Wasserwerke gegen den Willen der Bevölkerung an Konzerne vergeben, Banken gehen zum Billigpreis an dubiose Käufer – in den Krisenländern Europas steht das öffentliche Eigentum zum Verkauf. Oligarchen und Finanzinvestoren spielen ein gigantisches Monopoly. Die Gläubiger haben die Regeln zugunsten der Zocker geändert: Im **EUROPOLY** stehen die Verlierer von Beginn an fest. Eine Anleitung in drei Kapiteln. Das erste stellt Banker, Spieler, Regeln vor.

VON ELISA SIMANTKE

Fotos: Elisa Simantke (1), Stefanie Jost (3)



1. DIE BANK

Wer ist eigentlich die Troika?

Im Europoly, in dem um Staatsbesitz geockt wird wie im Monopoly um Straßen, übernimmt die sogenannte Troika die Rolle der Bank. Zu Spielbeginn gibt die Bank Geld an die EU-Krisenstaaten aus. Sie hat die Iren mit Krediten in Höhe von 68 Milliarden, die Griechen mit 270 Milliarden, die Portugiesen mit 78 Milliarden Euro und schließlich die Zyprioten mit zehn Milliarden Euro finanziert, als die sich infolge der Euro-Krise an den Finanzmärkten kein Geld mehr leihen konnten. Die Funktionäre der Troika - vom Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Kommission - überwachen dann, ob die Länder unter dem Rettungsschirm ihre Vorgaben auch einhalten.

Albert Jäger ist ein freundlicher Mann. Er hat ein schmales Gesicht, trägt Brille, spricht leise und bedächtig und tritt damit so unauffällig bescheiden auf, wie man sich den idealen Beamten vorstellt. Kaum jemand in Portugal kennt sein Gesicht, aber er hat Macht. Jäger ist der Vertreter des Internationalen Währungsfonds in Portugal und hat in den vergangenen Jahren gemeinsam mit seinen Kollegen den Daumen für Kreditzahlungen an Portugal gehoben oder gesenkt. Er hat darüber mitentschieden, wie viel Geld den Pensionären gestrichen wird, wie stark der Kündigungsschutz gelockert wird und an wen Staatskonzerne verkauft werden. Jäger arbeitet für die Troika, ein Gremium, das in keinem EU-Vertrag vorgesehen war und trotzdem die Politik der Krisenländer bestimmt.

Alle paar Monate notieren die Beamten von Währungsfonds und Kommission in „Fortschrittsberichten“, was aus ihrer Sicht gut läuft und wo sich das „Programmland“ (Troika-Sprech) noch mehr anstrengen sollte. Die meisten Kontrolleure kommen dafür nur wenige Tage angefliegen, die Teams bestehen aus bis zu 40 Leuten. Zu den wichtigsten

Köpfen gehörten in den vergangenen Jahren seitens der Kommission der Währungskommissar Olli Rehn und sein Verhandlungsführer Matthias Mors, die EZB schickt meist den Banker Klaus Masuch, der wichtigste Mann in den Verhandlungen beim IWF ist der Däne Poul Thomsson. Sie alle sind nicht auffälliger als der stille Albert Jäger und treten auch nicht besonders gern in der Öffentlichkeit auf. Die Troika hat kein richtiges Gesicht.

Für Südeuropa ist die Troika die Verkörperung der Krise, in Griechenland können die Beamten nur noch mit massivem Personenschutz arbeiten. Aber auch in Brüssel selbst ist man nicht unbedingt stolz auf das Gremium. Im Gegenteil. Das EU-Parlament kam in einem Untersuchungsbericht zu dem Ergebnis: Die Troika und ihre Beamten sind nicht ausreichend demokratisch legitimiert. Der neue EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker - der als ehemaliger Chef der Eurogruppe das Gremium immerhin mitgegründet hat - hat schon angekündigt, die Troika neu strukturieren zu wollen. Sie soll anders auftreten. Transparenter arbeiten. Vielleicht soll auch der IWF ausscheiden und das Ganze ein rein europäisches Projekt werden.

Doch an der inhaltlichen Agenda der Troika wird sich wohl auch in Zukunft wenig ändern. Die Privatisierungen sind ein fester Teil der Programme. Die Europoly-Bank gibt das Geld zu Beginn nicht einfach so aus, sie verleiht es nur und legt gleich noch die Spielregeln fest. Verschiedene Spieler müssen sich unterschiedlich viel Geld leihen. Andere bringen es bündelweise selbst mit.

Bei Spielregeln lesen macht keinen Spaß. Sie selbst festzulegen dagegen schon. Privatisierungen sind ein fixer Teil der Euro-Stabilisierungsprogramme, die Troika schreibt sie in jeden Vertrag. Die EU-Kommission erklärt, sie sei davon überzeugt, „dass Privatisierungen dazu dienen, die Wirtschaft effizienter zu machen und Schulden abzubauen“. Schuldenstaaten müssten internationale Investoren ins Land holen, um die eigene Wirtschaft zu stärken. Die Investoren stecken dann Geld in die Unternehmen, so die Idee, und schaffen neue Arbeitsplätze. Für das Spiel bedeutet das, der Staat verkauft seinen Besitz höchstbietend an möglichst viele Interessenten. Dafür sollte er so viel Geld bekommen, dass es nicht schlimm ist, dass er zukünftig zahlen muss, wenn er das Feld wieder betritt. Im Europoly hat das bisher aber nicht besonders gut geklappt.

Die nationalen Regierungen glauben wie die Troika: Privatisierungen verbessern Management und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Sie finden ohnehin nicht, dass die Staaten bisher beson-

ders viel aus ihrem Besitz gemacht haben. Gikas Hardouvelis beispielsweise, ehemaliger Privat-Banker und seit Juni Finanzminister von Griechenland, sagt: „Der Staat ist ein schlechter Manager.“ Es gebe zudem schlicht keine Alternativen zu den Privatisierungen, man brauche das Geld, um die Schulden zu bezahlen.

Im Europoly handeln die Spieler die Spielregeln mit der Troika aus. Sie schließt im Namen der anderen Euro-Staaten einen Vertrag mit dem jeweiligen Krisenland, das sogenannte „Memorandum of Understanding“. Darin wird festgehalten, mit welchen Reformen und Einschnitten das „Programmland“ wieder auf den rechten Pfad zurückgeführt werden soll. In weiteren Verträgen und „Updates“ werden dann genauere Zahlen genannt und das Privatisierungsprogramm festgezurrt.

Beim Spieler Griechenland klingt die Verpflichtung so: „Die Regierung ist bereit, alle übrigen Anteile an staatseigenen Konzernen zu verkaufen, wenn dies nötig ist, um die Privatisierungsziele zu erreichen. Öffentliche Kontrolle wird auf Bereiche der kritischen Infrastruktur be-

auf Staatenseite gibt es im Europoly vier Spieler. Die Länder, in denen die Troika schon im Einsatz war, sind Irland, Portugal, Griechenland und Zypern. Sie starten ins Spiel mit unterschiedlich hohen Schulden. Wer das meiste Geld leiht, muss auch das meiste verkaufen. Auch Investoren aus dem In- und Ausland spielen mit um Unternehmen und Grundstücke.

Die größten Probleme hat der griechische Spieler. Griechenland hat seit Mai 2010 insgesamt rund 270 Milliarden Euro an Krediten von der Troika bekommen. Das Land kürzt die Renten, erhöht die Steuern, streicht die Arbeitslosenunterstützung. Die Wirtschaft bricht ein. Aber auch das geliehene Geld gibt es nicht umsonst. Als Gegenleistung verspricht Griechenland unter anderem, 50 Milliarden Euro durch Privatisierungen bis zum geplanten Ende des Programms 2016 einzunehmen. Sie sollen direkt in die Schuldentilgung fließen. Der erhoffte 50-Milliarden-Erlös allerdings ist von Beginn an stark überzogen. Das „größte Privatisierungsprogramm Europas“ entstand wohl nur durch eine Lücke in den Kalkulationen, die irgendwie gefüllt werden musste. Inzwischen werden nur noch elf Milliarden bis 2016 angepeilt, wahrscheinlich wird auch das nicht klappen. Unter den Folgen der falschen Schätzung leiden die Bürger, die noch mehr sparen müssen als ohnehin schon.

Portugal folgt ein Jahr später im Mai 2011 und rettet seine Banken mit Hilfe von 78 Milliarden Hilfeeuros. Das Land verspricht, mit Privatisierungen rund 5,5 Milliarden Euro einzunehmen und damit Schulden zu tilgen. Portugal entwickelt sich über die Jahre zum Lieblingsspieler der Troika: Die portugiesische Regierung übertrifft das gesetzte Ziel deutlich. Sie nimmt bis zum Ende des Troika-Programms im Sommer 2014 rund neun Milliarden ein, verkauft Staatskonzerne an China und eine ganze



2. Die Spieler

Welcher Staat verkauft was?

Bank zu Niedrigpreisen nach Angola. Portugal verlässt den Rettungsschirm offiziell im Mai 2014. Die Verpflichtungen muss es weiter bedienen.

Bei den Spielern Irland und Zypern ist die Situation etwas anders: Irland geriet 2010 in die Krise und hat als erstes Land das Programm wieder verlassen. Es bekam Hilfskredite in Höhe von 68 Milliarden und versprach, drei Milliarden durch Privatisierungen zu erlösen. Der einzig größere Versuch, das Energieunternehmen Bord Gáis Energy zu verkaufen, schlug allerdings fehl. Weil die Wirtschaft sich gut entwickelt, versucht Irland, die Schulden anders abzubauen.

Zypern ist das neueste Land im Troika-Programm. Für die kleine Insel beginnt das Spiel erst. Sie hat zehn Milliarden bekommen und sich verpflichtet, Privatisierungserlöse in Höhe von 1,4 Milliarden Euro aufzubringen. Nach Objekten wird noch gesucht, wahrscheinlich trifft es die Inselhäfen.

Ohne Schulden und mit viel eigenem Kapital starten dagegen die Spieler „nationale oder internationale Investoren“ ins Europoly. Diese Spieler arbeiten gern zusammen. Ein lokaler Oligarch (meist Bankendynastie oder Öl-Milliarden) schließt sich mit ausländischen Investoren zusammen. Besonders aktiv sind hier Chinesen. Der größte private chinesische Finanzier Fosun kauft gleich in Portugal und in Griechenland ein, und auch der Staat China als solcher spielt mit: In Portugal kaufen Staatskonzerne den Energiesektor auf. Eine angolanische Despotentochter fädelt mit einem portugiesischen Milliardär einen Bankendeal ein. Auch deutsche Firmen mischen mit. Es geht um viel Geld, deshalb wird bei den Deals auch kräftig geschummelt: Eine beratende Bank wird des Geheimnisverrats beschuldigt, der Chef der griechischen Treuhänder fliegt mit dem Privatjet eines Käufers in die Ferien. Doch zunächst die Regeln.



3. Die Spielregeln

Was steht in den Troika-Verträgen?

gen keinen Einfluss. Das Parlament ist sowieso außen vor. Der Verzicht auf Mitsprache gilt auch für sensible Bereiche wie zum Beispiel die Wasserversorgung. Und mit den „special rights“, auf die der Staat verzichtet, fallen nach der Lesart griechischer Rechtsexperten auch Verfassungsregeln, wie das Verbot, die Küste zu verbauen. Für Griechen ein Tabubruch.

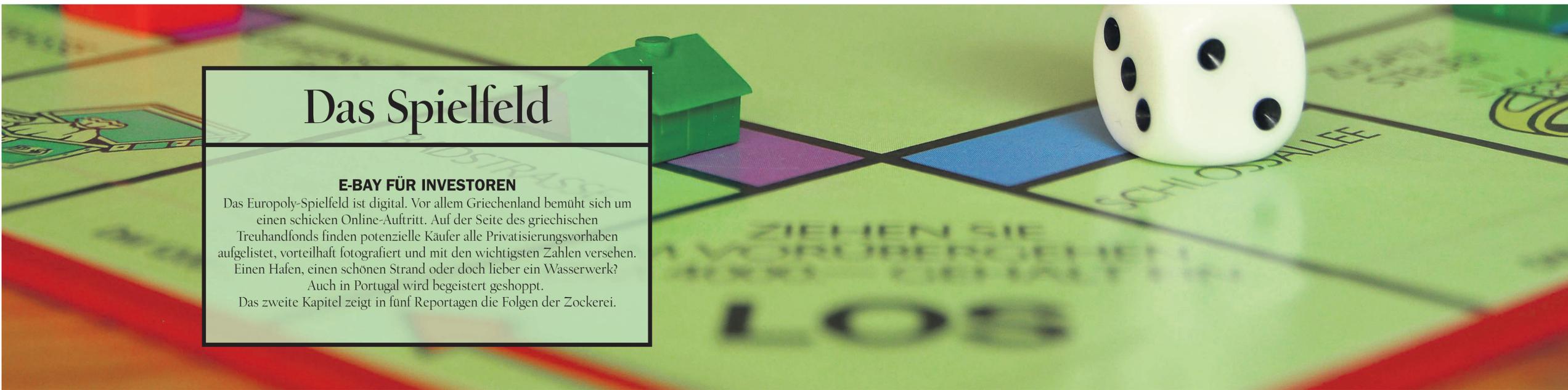
Beim Spieler Portugal bleibt mehr Entscheidungsmacht in den Händen der Regierung. Sie beschließt mit der Troika eine Liste von Unternehmen, die privatisiert werden sollen. Das Land hat bereits seit kurz nach dem Ende der Nelkenrevolution 1974, bei der fast alle großen Betriebe verstaatlicht wurden, ein eigenes Re-Privatisierungsprogramm. Bis die Troika kam, war aber nicht jede Entscheidung im Parlament durchsetzbar. Das ändert sich mit den Geldgebern. Gemeinsam schreiben die portugiesische Regierung und die Troika auch absurde Details in die Verträge, die später einige kritikwürdige Geschäfte erst möglich machen - wie zum Beispiel den BPN-Bankenskandal (siehe nächste Seite).

Im Monopoly ist die Bank neutral und auch im Europoly bestehen die Troika-Beamten darauf, sie üben keinen Druck auf die Krisenstaaten aus, besonders heftig oder schnell zu privatisieren. Doch wenn Thomas Wieser, der Chef der Euro Working Group - das Gremium, das die Beschlüsse der Euro-Finanzminister vorbereitet - über die Verhandlungen spricht, klingt das so: „Die Troika und die EU haben zu keinem Zeitpunkt gesagt, das und das muss bis dahin verkauft sein.“ Aber wenn die griechische Regierung zwei Milliarden versprache und dann nur 500 Millionen erlöse, dann müsse das an anderer Stelle eingespart werden. „Und das ist auch schwierig - natürlich erzeugt das Druck auf das Empfängerland“, sagt Wieser. Zusage ist Zusage. Die Frage nach dem besten Zeitpunkt für den Verkauf ist dabei zweitrangig. Im Vertrag der Griechen steht: Sollte die Regierung die geplanten Privatisierungserlöse nicht erreichen, muss sie mindestens die Hälfte der Summe durch andere Maßnahmen aufbringen. Das heißt: noch mehr sparen. Aber genug der Regeln, jetzt die Praxis!

Ein Treuhandfonds verkauft Griechenlands Staatsbesitz

beschränkt.“ Ähnliches findet sich auch in den Verträgen mit den anderen Ländern. Was verstehen die Regierungen und die Troika unter kritischer öffentlicher Infrastruktur? Das bleibt auch auf Nachfrage unbeantwortet. Flughäfen, Wasserversorgung, Strom, Häfen und der Schienenverkehr gehören wohl nicht dazu, sie alle sind auf dem Markt.

Der Verkauf selbst soll dann in den Händen der jeweiligen Regierung liegen. Obwohl das im Fall Griechenlands so nicht stimmt. Hier haben die Regelschreiber dem „schlechten Manager“ auch nicht zugetraut, ein guter Verkäufer zu sein. Die griechische Regierung hat alle ihre Anteile an einen extra geschaffenen Treuhandfonds, den Hellenic Republic Asset Development Fund (HRADF), übertragen. Sie besetzt zwar die Führungsspitze des Fonds, hat aber auf die Entscheidun-



Das Spielfeld

E-BAY FÜR INVESTOREN

Das Europoly-Spielfeld ist digital. Vor allem Griechenland bemüht sich um einen schicken Online-Auftritt. Auf der Seite des griechischen Treuhandfonds finden potenzielle Käufer alle Privatisierungsvorhaben aufgelistet, vorteilhaft fotografiert und mit den wichtigsten Zahlen versehen. Einen Hafen, einen schönen Strand oder doch lieber ein Wasserwerk? Auch in Portugal wird begeistert geschopt. Das zweite Kapitel zeigt in fünf Reportagen die Folgen der Zockerei.



Ein krummer Wetten-Deal

Es ist bis heute nicht ganz klar, ob Stelios Stavridis darauf vertraute, dass man ihn nicht erwischt oder ob er tatsächlich dachte, so etwas sei okay. In jedem Fall hat er sich geirrt. Dabei hatte sich die griechische Treuhand als erstes größeres Privatisierungsprojekt nicht ohne Grund den Wettanbieter OPAP ausgesucht. Es wirkte wie ein unkompliziertes Geschäft mit wenig Skandalisierungspotenzial. So wie die ersten kleinen Strafen im Monopoly, die einigermaßen erschwinglich sind, aber belästigt, weil sie verlässliche Gewinne versprechen. Doch Stavridis, damals Vorsitzender des Treuhandfonds, flog mit dem Privatjet des Milliardärs Dimitris Melissianidis in die Ferien. Und zwar unmittelbar nachdem die Treuhand die OPAP-Staatsanteile an einen griechisch-ischischen Fonds verkauft hatte, an dem eben dieser Milliardär große Anteile hält. Der Ausflug kam bei den Griechen und den internationalen Geldgebern nicht gut an, Stavridis flog raus, das Geschäft mutierte zum Skandal.



OPAP-Laden in Athen

OPAP ist eine der profitabelsten Lotterien in ganz Europa. Die kleinen Wettbüros, die vor allem auf Sportwetten spezialisiert sind, findet man in griechischen Städten an jeder Ecke. Das Geschäft gilt als krisensicher – was man nicht von vielen Bereichen der griechischen Wirtschaft behaupten kann. „Die Leute setzen weniger Geld als früher, das schon“, erzählt der Betreiber eines OPAP-Ladchens ganz in der Nähe des Syntagma-Platzes in Athen, „da für kommen aber sehr viel mehr Leute. Sie alle hoffen auf das Glück.“ Protestiert hatte gegen den Verkauf eigentlich niemand, denn auch nach griechischer Auffassung ist es keine Kernaufgabe des Staates, ein Wettbüro zu betreiben. Nur lukrativ war es allemal.

Im Jahr 2011 verkaufte die Staat hielt vor dem Verkauf ein Drittel der OPAP-Aktien und kassierte damit auch rund ein Drittel des Bruttogewinns. Der Gewinn nach Steuern lag im Krisenjahr 2011 im Bereich von 505 Millionen Euro. Der Staat verkaufte seine Anteile an Emma Delta, einem Fonds mit verschiedenen Investoren aus Tschechien, Russland, der Slowakei und Griechenland, Melissianidis, einer der reichsten Männer Griechenlands, ist stets öffentlich als der Emma-Delta-Repräsentant aufgetreten und hat auch den Vertrag unterzeichnet. Für die 33 Prozent zahlte Emma Delta 652 Millionen, das sind 6,13 Euro pro Aktie. Der Kauf wurde 2013 abgeschlossen, für Melissianidis und seine Partner war dieses schnelle Geschäft ein gutes Geschäft. Die Aktien standen schon an eigentümlichen Verkauf im Oktober 2013 bereits bei 9,13 Euro. Die Aktien lagen 50 Prozent über dem vereinbarten Preis. Inzwischen liegen sie bei gut zwölf Euro.

Hat sich die griechische Staat durch den überlichen Verkauf also um einen guten Preis gebracht? Fakt ist: Emma Delta war trotz einiger Interessenkonflikte das einzige Konsortium, das ein verbindliches Angebot abgegeben hat. Damit gab es entgegen jeder Grundregel für erfolgreiche Privatisierung keinen Bietwettbewerb. Griechenland aber musste den Verkauf dringend durchsetzen, um das Privatisierungsziel 2013 von 1,3 Milliarden Euro noch zu erreichen. Zuvor waren einige größere Deals gescheitert, darunter der Verkauf des Gasbietes DEPA zu verkaufen. Die weiteren Kreditzahlungen hingen also auch vom Erfolg dieses Verkaufs ab.

Seit Februar 2014 wird der OPAP-Verkauf laut Financial Times in Athen auch staatsanwaltlich geprüft, bisher ohne Ergebnis. Dabei soll es um mangelnde Transparenz und mögliche Interessenkonflikte der Beteiligten gehen. Treuhandfonds und Ministerium versichern, allein „ethische Gründe“ seien für den Rauswurf des inzwischen verstorbenen Ex-Chefs Stavridis verantwortlich gewesen. Der Verkauf müsse nicht neu aufgerollt werden.

Wer einen Blick auf die Zukunft Athens werfen will, muss vom Stadtzentrum aus den Norden gehen. Hier in Chalandri, einem der reicheren Vororte der Stadt, steht die Golden Hall Shopping-Mall. Die Luxusgeschäfte mit den goldenen Rolltreppen hinter dem bunt beleuchteten Springbrunnen sind wegen der Wirtschaftskrise kaum besucht, im Hintergrund duldet leichte Kaufhausmusik. Im sechsten Stock empfangt Odiseos Athanasios seine Gäste, er ist der Geschäftsführer von Lamda Development. Dem Unternehmen gehört die Luxus-Shopping-Mall, das Gebäude war eines der ersten kleineren Privatisierungsprojekte der griechischen Treuhand. Die Welt zwischen Gourmetrestaurant und Parfümerie zeigt im Kleinen, wie Lamda sich Athen im Großen ertrümt. Denn Lamda hat einen der größten Immobiliendeals in der Geschichte der EU abgestaubt. Eine griechische Schlossallee mit Hotels, die Millionen bringen sollen, realisierbar mit Hilfe der Troika.

Es geht um „Hellenikon“, einen stillgelegten Flughafen im Südwesten Athens, es geht um über sechs Millionen Quadratmeter Fläche – ein Gelände, sechsmal so groß wie der ehemalige Berliner Flughafen Tempelhof und dazu mit eigener Mittelmeerküste. Mit einem Eiskaffee in der linken Hand wirft Athanasios eine schnelle Skizze auf seinen Block, dann lädt er zu einer Image-Filmvorführung ein. Computergestützte Regenwald, prostet sich auf der Terrasse ihres Luxus-Penthouses zu oder segeln mit der Yacht an einem angestrahnten Hochhaus vorbei. „Eine solche Immobilie finden sie in der ganzen Welt“, schwärmt der Geschäftsführer. Das sehen übrigens auch seine Gegner so, schauen dabei aber entsetzt.

Wer Athen von oben betrachtet, versteht schnell, weshalb dieses Gelände die Superlative nicht ausgeben. Der 1938 gebaute Stadtflughafen wurde aus der Stadt quasi herausgeschnitten, Athen heißt ein Drittel seiner eigentlichen Fläche. Hellenikon ist rund dreimal so groß wie Monaco, hat mehrere Kilometer Küste und Strand. Am Mittelmeer in einer der dicht besiedeltesten Städte Europas eine solche Freifläche, Athanasios kann sein Glück kaum fassen. Der Flughafen war bis 2001 in Betrieb, seit seiner Schließung wird um die weitere Nutzung gerungen. Das Ergebnis enttäuscht viele und wird wenig sehr hoch gehalten.

Auf der Schlossallee der Zukunft wächst derzeit ein dichtes Stadtbild. Die Architekten haben den Flughafen als riesig und schwer überschaubar, die Terminalgebäude sind noch erhalten, die Landebahnen dienen als Straße, daneben stehen Sportanlagen. Einige von ihnen sind noch in Betrieb, die anderen auch schon wieder Ruinen. 2004 zu den olympischen Spielen in Athen wurden hier die Stadien für Basketball, Softball und Hockey extra gebaut und danach zum größten Teil nicht mehr genutzt. Einige Kilometer weiter rotten die alten ausgelagerten Rohre der demontierten olympischen Wildwasserbahn vor sich hin. Lamda will hier einen Aquapark bauen. Hinter dem Gelände liegt der Strand.

Hier wartet Fereniki Vatavala, sie ist die Mitarbeiterin des örtlichen Bürgermeisters und sehr wichtig. Zehn Jahre lang wurde der Bevölkerung versprochen, das Gelände werde in einen Park umgewandelt. Eine riesige Grünfläche für das sonst so staubtrockene und ergebene Athen. Für dieses Konzept kämpft Vatavala noch heute, sie hat mit anderen Aktivisten 1500 Olivenbäume gepflanzt. Nicht weil sie glaubt, dass sie die Zukunft noch aufhalten kann, aber als Symbol für eine andere Zukunft, die hier möglich wäre.

Es war ein Prozess mit vielen Schritten, der zum Verkauf an Lamda führte. Der Plan, das ge-



Milliarden-Geschäfte mit Athens altem Flughafen

ten dahinter Absicht. Zum Schluss blieb nur ein einziger Bieter übrig. Lamda Development. Das Unternehmen gehört zu mehr als der Hälfte dem Privatbanker Spyro Latsis, einem der reichsten und einflussreichsten Männer Griechenlands. Er hatte sich mit noch finanzkräftigeren Investoren zusammengetan, mit Fosn, einem der größten privaten chinesischen Investoren und dem Fonds Al Maabar aus Abu Dhabi. Er braucht viel Geld, insgesamt schützt Lamda die Kosten des Projekts inklusive Erschließung und Bewirtschaftung auf acht Milliarden Euro.

Lamda Development erwarb 30 Prozent des Landes und erhielt eine Konzession für die restliche 70 Prozent für 99 Jahre. Die Kaufsumme, 915 Millionen Euro, wird gestreckt über zehn Jahre gezahlt. Die tatsächliche Kaufsumme liegt dadurch auf den heutigen Wert umgerechnet bei nur 577 Millionen Euro. Das ist gerade mal die Hälfte dessen, was die Schätzung unter Pollalis ergeben hatte. Mehr war laut dem ehemaligen Treuhandfonschef Konstantinos Maniatiopoulos nicht rauszuholen, Lamda war eben der einzige Bieter.

Damit die Schlossallee auch richtig Profit bringt, werden zudem die Regeln für Lamda verändert. Hieß es ursprünglich, der Käufer müsse das Land in einem Stück halten und entwickeln, darf das Unternehmen nun die zwei Millionen Quadratmeter, die es dauerhaft erworben hat, in kleine Stücke aufteilen und weiterverkaufen. Ein Riesengeschäft. Die Griechen fragen sich Wieso hat die Regierung das nicht selbst gemacht? Lamda kann nun abwarten und verkaufen, wenn der Markt sich erholt hat.

Hellenikon ist kein Stadtentwicklungsprojekt mehr, falls es je ernsthaft eins gewesen ist, es ist ein privater Immobiliendeal. Eine Risikoinvestition, die für die Investoren schwerreich machen kann, wenn sie ihre Pläne so durchdrücken können, wie sie es vorhaben. Die griechische Regierung hat nach dem Verkauf – bei dem noch nicht alle Formalien fertig abgewickelt sind – nichts mehr mitzureden. Sie wird am Gewinn beteiligt werden, aber erst, wenn die Investoren offiziell alle Ausgaben wieder drin haben. Und das kann dauern. Für die Investoren dagegen hat sich das Geschäft bereits gelohnt. Sowohl die Aktien des chinesischen Investors Fosn als auch die von Lamda sind seither stark gestiegen, im Juli kaufte sich der US-Investor Blackstone mit vielen Millionen bei Lamda ein.

Bei der Frage, ob sie schon mit der Stadt Athen darüber gesprochen haben, was die Stadt braucht, schaut Athanasios überrascht von seinem Block auf. „Nein, wir haben noch niemand gesprochen. Das werden wir aber bald tun.“ Der Masterplan allerdings, der liegt schon vor. Der Park wird, wie als Mindestmaß gesetzlich vorgeschrieben, ein Drittel der Fläche ausmachen. Aus Krankenhäusern sind Beauty-Kliniken geworden, die Highlights ist ein Riesenaquarium und ein Wohnwolkkratzer mit Meerblick. Eine echte Schlossallee.



Gras und Ruinen. Für Olympia 2004 wurden auf dem Hellenikon-Gelände Sportstätten gebaut, von denen viele heute nicht mehr genutzt werden. Dahinter beginnt der Strand. Foto: Reuters

Er, der die ganzen letzten Wochen in einer Tour auf Menschen eingedet hat, kann es gar nicht fassen. Kostas Marioglou ist 213000 Einwohner von Thessaloniki haben gegen die Privatisierung des Wasserwerks gestimmt. Das ist bei einer Wahlbeteiligung von etwa vierzig Prozent eine fast einstimmige Entscheidung für Nein. Marioglou hat gewonnen.

Dabei sah es nur wenige Tage zuvor gar nicht gut aus: Einsam saß Marioglou im Gemeinderatrum eines Arbeiterbezirks von Thessaloniki. Neben sich aufgebaut hatte er einen Beamer, sogar Mikrofone hatte er mit hier hoch auf die Hügel über der Stadt gebracht, falls es im Publikum so laut werden sollte, dass sonst niemand mehr etwas versteht. Doch am Ende kamen nur fünf Leute. Und die wollten auch nur schnell ein paar Flugblätter einstecken und weiter.

Marioglou kämpft schon lange gegen die Wasserprivatisierung in seiner Heimatstadt. Er hat Plakate geklebt und an Straßenständen versucht, andere zu überzeugen. Dass ein Verkauf des Wasserwerks Arbeitsplätze kosten werde, dass die Wasserpreise steigen würden und die Qualität schlechter werde. Denn im Europoly gilt ebenso wie beim klassischen Monopoly: Wenn das Wasserwerk erst mal verkauft ist, muss der Staat für die Benutzung zahlen. Jedes Mal, wenn er das Feld betritt. Marioglou hat Beispiele für verunglückte Verkäufe gebracht aus Frankreich, London und Berlin. Er war mal Gewerkschaftsvorsitzender der EYATH, dem Wasserwerk von Thessaloniki. Der Staat besitzt 74 Prozent der Anteile, 51 Prozent wird er verkaufen.

Marioglou hat sogar eine Initiative gegründet, mit der er das Wasserwerk selbst kaufen wollte. Die „Bewegung 136“ hat ausgerechnet, dass jeder Anschluss in Thessaloniki 136 Euro zahlen müsste, um gemeinsam das Wasserwerk zu kaufen und als Genossenschaft zu betreiben. Doch die Mobilisierung verlief schleppend, denn die Wasserprivatisierung ist in der griechischen Bevölkerung kein so empfindliches Thema wie in anderen EU-Ländern. Der Wasserpreis ist einer der niedrigsten in ganz Europa. Der Treuhandfonds hat die Bewegung vom Bieterverfahren ausgeschlossen, Favorit für den Verkauf soll das französische Unternehmen GDF Suez sein, das schon heute etwa fünf Prozent des Werks besitzt. Für den französischen Konzern gilt je mehr Werke, desto mehr Profit. Auch am Athener Wasserwerk soll einer der größten Wasserkonzerne Europas interessiert sein.



Wie die Troika Wasserprivatisierung vorantreibt

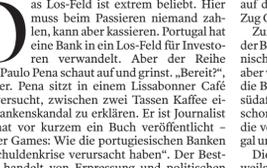
Das Los-Feld ist extrem beliebt. Hier muss beim Passieren niemand zahlen, kann aber kassieren. Portugal hat eine Bank in ein Los-Feld für Investoren verwandelt. Aber der Reihe nach. Paulo Pena schaut auf und grinst. „Bereit?“, fragt er. Pena sitzt in einem Lissabonner Café und spricht mit zwei Tassen Kaffee einen Bankenskandal zu erklären. Er ist Journalist und hat vor kurzem ein Buch veröffentlicht – „Power Games: Wie die portugiesischen Banken die Schuldenkrise verursacht haben“. Der Bestseller handelt von Erpressung und politischen Sellschäften. Die Bank, um die es heute geht, ist ein wenig von der Größe her nicht mit den anderen bedeutend. Doch die Banco Portuguesa de Negocios, kurz BPN genannt, ist, als sie 2008 in die Krise gerät, tief verstrickt in riskante Immobiliengeschäfte. Einige Kreditnehmer sollen hochrangige Politiker gewesen sein. Die Regierung entscheidet sich, die BPN zu verstaatlichen und damit vor dem Bankrott zu retten.

Heute sagen viele Experten, die Rettung sei ein Fehler gewesen, auch die Regierung stelle das zumindest indirekt ein. Doch auch einige Jahre später unter der Troika entscheidet sich die portugiesische Regierung erneut gegen eine kontrollierte Pleite. Ein erster Versuch, die Bank für 180 Millionen zu verkaufen, ist im Jahr 2010 gescheitert. Trotzdem drängen vor allem die Konservativen in den Verhandlungen mit der Troika auf eine schnelle Re-Privatisierung.



Wie die Troika Wasserprivatisierung vorantreibt

Im Vertrag zwischen der Troika und Portugal werden Details festgehalten, die für den sonst vagen gehaltenen Text höchst ungewöhnlich sind. Die BPN soll innerhalb von drei Monaten ohne öffentlichen Mindestpreis verkauft werden, und der Staat zudem alle schlechten Verträge übernehmen, die die Bank belasten. Öffentlich fixierte Traumbdingungen für einen potenziellen Käufer. Es ist ein wenig so, als würde einer der Europoly-Spieler



Wie die Troika Wasserprivatisierung vorantreibt

Einige Monate nach dem gewonnenen Referendum stehen die Chancen für die Anti-Privatisierer gut: Die griechische Regierung hat das Referendum zwar wie angekündigt nicht anerkannt. Doch das oberste griechische Gericht hat kurz darauf entschieden, dass die Übertragung der Anteile des größten Wasserwerks des Landes in Athen (EYDAP) an den Treuhandfonds nicht rechtens war. Die Entscheidung zur Privatisierung „gefährde die öffentliche Gesundheit“, begründen die Richter ihr Urteil. Der Staat erhält seine Anteile vom Fonds zurück. Die Situation in Athen ist ähnlich wie die in Thessaloniki, auch wenn die Vorbereitungen zur Privatisierung hier noch nicht so weit vorangeschritten sind. Die Suche nach einem potenziellen Käufer der Staatsanteile liegt seitdem offiziell auf Eis – was die Privatisierung durchgesetzt wird, das könnten die Einwohner von Thessaloniki portugiesischen Gemeinden lernen. Hier ist das System etwas anders geregelt. Auf kommunaler Ebene können Gemeinden schon jetzt Verträge mit privaten Firmen schließen, wenn es um die reine Verteilung des Wassers geht. Die Aufbereitung ist dagegen in Staatshand – zumindest nach der Staatskonzern Aguas de Portugal steht zwar nicht direkt auf der Troika-Privatisierungsliste, soll aber strukturiert werden und die Möglichkeit haben, „Lizenzverträge mit privaten Unternehmen zu schließen“. So beschreibt es eine PR-Frau des Unternehmens. Der Konzern bliebe also staatlich, die Werke würden aber faktisch von Privatunternehmen betrieben.

Miguel Costa Gomes will das unbedingt verhindern, deshalb ist der Bürgermeister der Gemeinde Barcelos aus dem Norden des Landes extra nach Lissabon gereist. Er sei kein Linker, bitte, das sei ihm wichtig, sagt er, er sei selbst Unterneh-

mer. Aber das mit der heimlichen Wasserprivatisierung, das sei schrecklich. Seine Heimatgemeinde habe unter seinem Vorgänger einen Vertrag mit einem privaten Wasserkonzern geschlossen. Obwohl seine Bürger im Schnitt nur 68 Liter Wasser pro Tag verbrauchen, garantierte der Vertrag die größten Wasserwerke des Landes in 165 Litern pro Tag. „Keine Ahnung, wie jemand so eine Zahl in den Vertrag schreiben konnte“, schimpft Costa Gomes heute. Er würde den Vertrag gerne auflösen, doch offiziell schuldet Barcelos dem Unternehmen nun 165 Millionen Euro. Der Bürgermeister von Barcelos trifft in Lissabon seinen Kollegen aus Pacos de Ferreira, einer Gemeinde, die nur eine halbe Stunde von Barcelos entfernt liegt. Humberto Brito hat einen Gerichtstermin. Er will seinen Ort aus einem Wasservertrag herauskufen, zum Zurückkaufen fehlt auch hier das Geld. Die Wasserpreise in seiner Gemeinde sind seit der Vergabe an einen privaten Betreiber in den vergangenen sechs Jahren um 400 Prozent gestiegen, – ganz als hätte sich das Unternehmen am Monopolspiel orientiert: Wer auf dem Wasserwerk landet, muss das Vierfache der gewährten Summe zahlen. Die Bürger von Pacos de Ferreira müssen fast 20 Prozent ihres Einkommens für Wasser ausgeben, klagen sie öffentlich.

„Das kann auf alle Portugiesen zukommen, wenn wir die Privatisierung nicht stoppen“, warnen Costa Gomes. Er versteht nicht, dass die Wasserprivatisierung in den Krisenländern durchgedrückt werde, obwohl sie in Europa sonst so umstritten sei. Und die Kommission? Die hält sich offiziell raus. „Es gibt keinen Druck seitens der EU, auch nicht in Programmländern, den Wasserwerk zu privatisieren. Die Kommission nimmt eine neutrale Haltung ein“, sagt ein Sprecher. Doch im Troika-Revisionsbericht zu Portugal heißt es: Es werde erwogen, „Wasseraktivitäten privatem Kapital und Management zu öffnen.“ In Griechenland hat die Troika bereits begonnen, eine Regulierungsbehörde aufzubauen, die ein privates Management der Werke überwachen soll.



Wie die Troika Wasserprivatisierung vorantreibt

Kurz vor dem Verkauf, muss die portugiesische Regierung erneut 600 Millionen in die BPN pumpen, damit die Bank überhaupt die nötige Eigenkapitalquote erfüllt. Ein Untersuchungsausschuss des portugiesischen Parlaments schätzt später, dass die Verstaatlichung und Reprivatisierung der BPN die portugiesischen Steuerzahler bis heute rund sechs Milliarden Euro gekostet haben. Die Angolaner kaufen die BPN für 40 Millionen. EU-Kommissar Joaquin Almunia bleibt dabei: Der Deal sei die einzige Möglichkeit, gewesen, Portugals Bankensektor vor einer Destabilisierung zu retten. Alternativen habe es nicht gegeben, eine Pleite wäre noch teurer geworden.

Die Staatliche GDF Suez hat die BPN für 40 Millionen gekauft. Die Angolaner kaufen die BPN für 40 Millionen. EU-Kommissar Joaquin Almunia bleibt dabei: Der Deal sei die einzige Möglichkeit, gewesen, Portugals Bankensektor vor einer Destabilisierung zu retten. Alternativen habe es nicht gegeben, eine Pleite wäre noch teurer geworden.

Die Troika hat die BPN für 40 Millionen gekauft. Die Angolaner kaufen die BPN für 40 Millionen. EU-Kommissar Joaquin Almunia bleibt dabei: Der Deal sei die einzige Möglichkeit, gewesen, Portugals Bankensektor vor einer Destabilisierung zu retten. Alternativen habe es nicht gegeben, eine Pleite wäre noch teurer geworden.

Die Troika hat die BPN für 40 Millionen gekauft. Die Angolaner kaufen die BPN für 40 Millionen. EU-Kommissar Joaquin Almunia bleibt dabei: Der Deal sei die einzige Möglichkeit, gewesen, Portugals Bankensektor vor einer Destabilisierung zu retten. Alternativen habe es nicht gegeben, eine Pleite wäre noch teurer geworden.

Die Troika hat die BPN für 40 Millionen gekauft. Die Angolaner kaufen die BPN für 40 Millionen. EU-Kommissar Joaquin Almunia bleibt dabei: Der Deal sei die einzige Möglichkeit, gewesen, Portugals Bankensektor vor einer Destabilisierung zu retten. Alternativen habe es nicht gegeben, eine Pleite wäre noch teurer geworden.



Wie die Troika Wasserprivatisierung vorantreibt

Die Troika hat die BPN für 40 Millionen gekauft. Die Angolaner kaufen die BPN für 40 Millionen. EU-Kommissar Joaquin Almunia bleibt dabei: Der Deal sei die einzige Möglichkeit, gewesen, Portugals Bankensektor vor einer Destabilisierung zu retten. Alternativen habe es nicht gegeben, eine Pleite wäre noch teurer geworden.

Die Troika hat die BPN für 40 Millionen gekauft. Die Angolaner kaufen die BPN für 40 Millionen. EU-Kommissar Joaquin Almunia bleibt dabei: Der Deal sei die einzige Möglichkeit, gewesen, Portugals Bankensektor vor einer Destabilisierung zu retten. Alternativen habe es nicht gegeben, eine Pleite wäre noch teurer geworden.



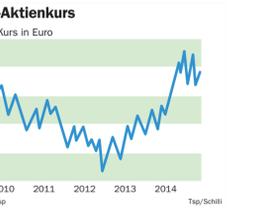
China kauft Portugals Energiesektor auf

Auf seinen letzten China-Trip hat ihn sogar der Präsident begleitet. Frisch zurück aus dem Flugzeug, sitzt Eduardo Catroga, Aufsichtsratschef von Energias de Portugal (EDP), einem der größten Energieversorger Europas, in seinem Lissaboner Büro und frühstückt. Er ist bestens gelaunt. Eine schöne Reise war es und eine große Delegation. Auch Portugals Präsident Amal Cavaco Silva war dabei, denn er weiß sehr gut, dass der Einfluss chinesischer Investoren auf Portugal wächst.

Chinesische Staatsfonds und Konzerne sind ein großer Hauptkäufer in den Privatisierungsprogrammen. Ganz besonders interessiert sind sie am Energiesektor. Portugals Energiekonzerne öffnen ihnen die Türen nach Brasilien und in den lukrativen Markt der erneuerbaren Energien.

Wie beim Wasserwerk geht es auch beim Elektrizitätswerk im Europoly um einen entscheidenden Deal: Der Staat verkauft seinen Konzern und kauft dafür die Leistungen zukünftig ein. Wenn er das Feld betritt, zahlt er. Die portugiesische Regierung betreibt

China ist der größte Anteilseigner an Portugals Stromkonzernen



EDP-Aktienkurs 4,0 Kurs in Euro Quelle: Top

Oder doch? Noch bevor Eduardo Catroga das Frühstück beendet, erzählt er strahlend, die Aktien des Konzerns seien seit dem Verkauf stark gestiegen. Die Käufer seien extrem glücklich. Die Märkte haben sich seit 2011 erholt. Die Gewinne fließen nun nach China.

Und der chinesische Staat macht keine halben Sachen: Auch die portugiesischen Staatsanteile an Netzbetreiber REN kaufte ein Staatsfonds. Die State Grid Company zahlte 387 Millionen für 25 Prozent der Aktien. Damit ist der chinesische Staat sowohl beim Stromerzeuger als auch beim Netzbetreiber der wichtigste Eigentümer – was die Abstimmung zwischen den eigentlich getrennten Unternehmen sicher erleichtert. IWF-Repräsentant Jäger bestritt derweil, dass das doppelte chinesische Engagement ein Problem sei. Schließlich seien die Käufer unterschiedliche Unternehmen und es handle sich ja auch nur um eine Teilprivatisierung.

Inzwischen hat sich die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Sie zweifelt, ob beim Verkauf alles rechtens war. Denn der Chef der Investmentbank BESI, die beide chinesischen Konzerne in den Verhandlungen vertrat, telefonierte in der heißen Verhandlungsphase um REN nachgewiesenenfalls neunal mit Premierminister Passos Coelho. Außerdem hatte er engen Kontakt mit dem Staatsbanker Jorge Tomé, der im Auftrag der Regierung die Bietangebote bewertete. Die Untersuchungsbehörden prüfen nun ob der chinesische Konzern State Grid so an Insider-Informationen gekommen sein könnte, die ihm Vorteil gegenüber der Konkurrenz verschafften. Die Telefonate waren abgehört worden, weil gegen die Investmentbank in einem anderen Fall ermittelt wird.



Die Spielverderber

Zurück auf Los

Europoly bringt einigen Spielern großen Reichtum, andere treibt es in den Bankrott. Spielverderber fordern deshalb fairere Regeln. Sie fragen die Troika: Warum werden die Krisenstaaten so unter Zeitdruck gesetzt? Warum wurde in Griechenland mit den Verkäufen nicht gewartet, bis der Markt sich erholt? Wieso wird alles getan, damit die Geschäfte zum Schnäppchen für Investoren werden? Das dritte Kapitel lässt auch diejenigen zu Wort kommen, die nicht mehr länger mitspielen wollen.

Wer versucht, die Spielregeln zu ändern?

Politiker und Ökonomen kritisieren die Privatisierungspolitik der Troika in den EU-Krisenländern

Es gibt im Europoly Spieler, die am liebsten mit dem Ärmel übers Spielfeld wischen und die Regeln neu schreiben wollen. Doch die Troika-Beamten gehören bisher nicht zu ihnen. Sie wollen mit den Problemen, die es bei den Privatisierungen gibt, nichts zu tun haben. Für Fehlentscheidungen seien sie nicht verantwortlich zu machen. „Wir wollen uns nicht als Kontrollmacht aufspielen“, rechtfertigt sich beispielsweise Thomas Wieser, der Euro-Arbeitsgruppenchef. „Ja, vielleicht müsste man in dem einen oder anderen Bereich stärker kontrollieren, wer kann das schon sagen. Doch wenn sich eben nur ein Bieter meldet, was soll man da groß machen?“ Wichtig sei vor allem, dass die Ausschreibungsregeln eingehalten würden.

Die Troika weist alle Verantwortung für Fehler bei den Deals von sich

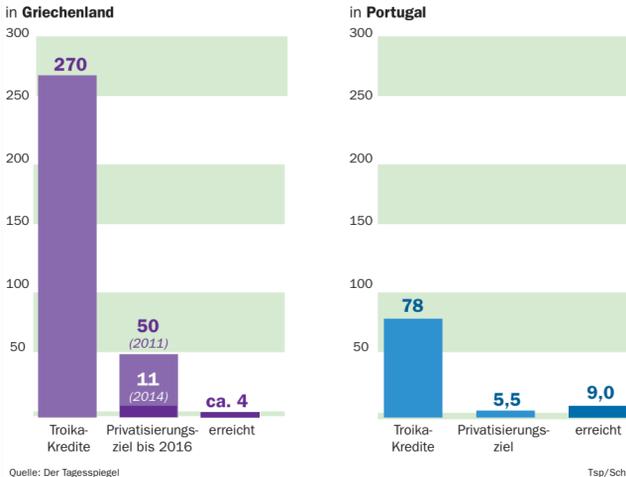
Die nationalen Regierungen wollen sich Auseinandersetzungen mit der ausländischen Presse erst gar nicht stellen. Die portugiesische Finanzministerin hat keine Zeit, Fragen zu beantworten, nicht mal schriftlich, genauso wenig ihr Stellvertreter. In Griechenland gibt der Treuhänder Konstantinos Maniopoulos dem Tagesspiegel nach vielem Hin und Her zwar zunächst ein fast zweistündiges Interview. Er darf es dann aber nicht mehr freigeben. Der neue griechische Finanzminister hat ihn übertra-

schend gefeuert. Im nicht freigegebenen Interview rechtfertigte Maniopoulos überstürzte Verkäufe unter anderem damit, dass Abwarten mehr koste als schnelle Verkäufe.

Andere ehemalige Treuhänder sind kritischer. Costas Mitropoulos, Ex-Treuhändergeschäftsführer, gab gegenüber dem Tagesspiegel offen zu: „Die Krise war der schlechtestmögliche Zeitpunkt, zu privatisieren.“ Und weiter: „Aber die Troika hat zu Beginn nicht wirklich verstanden, dass es nicht um den niedrigsten Preis ging. Der Markt war einfach zu keinem Preis bereit, zu kaufen.“ Das klare Mandat des Treuhänderfonds ist es, so schnell wie möglich zu verkaufen. Mitropoulos ist heute der Ansicht, dass man dieses Mandat ändern müsste, um erfolgreicher zu wirtschaften: „Es ginge dann nicht darum, die Anteile gleich zu privatisieren, sondern sie zu verwalten, sie neu zu strukturieren und sie erst am Ende zu verkaufen.“ Manche Objekte könnte man zum Beispiel auch erst mal vermieten. „Der Fonds wäre dann verpflichtet, jedes Jahr eine bestimmte Summe an den Staat aus diesen Einnahmen zu zahlen.“ Doch vermieten ist bisher im Mandat des Fonds nicht vorgesehen, er ist ähnlich wie die deutsche Treuhänder nach der Wende ein reiner Abwicklungsfonds.

Es gibt auch Politiker, die das Spiel gerne noch einmal neu und anders beginnen würden. Auf der nationalen Ebene sind sie meist links und rechts der Mitte zu verorten, da sowohl in Griechenland als auch in Portugal die großen Fraktio-

Privatisierungskredite und Erlöse, Angaben in Milliarden Euro



Quelle: Der Tagesspiegel

Tsp/Schilli

nachvollziehen, warum die Troika und die Regierung Deals wie Hellenikon unterzeichnen, die dem Steuerzahler schaden. Konstantinopulo hat deshalb ihre eigene Erklärung dafür gefunden: „Der eigentliche Grund für die Privatisierungen ist die Befriedigung von speziellen Wirtschaftsinteressen und nicht die des öffentlichen Interesses.“ Wie beim Monopoly müssen laut Konstantinopulo auch im Europoly andere die Zeche zahlen.

Einer, der den Protest bis auf die EU-Ebene tragen wollte, ist Kriton Arsenis. Der 37-Jährige sitzt im Frühsommer kurz vor den Europawahlen an einem der kleinen Tische des Akropolismuseums in Athen. Arsenis hat wenig Zeit. Er kämpft um ein erneutes Ticket für das EU-Parlament, in dem er die vergangenen vier Jahre saß. Das wird ihm in Griechenland nicht leicht gemacht, denn aus Protest gegen die geplante Privatisierung des Wasserwerks in seiner Heimatstadt Thessaloniki ist er aus der PASOK-Fraktion – der Partei von Regierungsvize Evangelos Venizelos – ausgetreten. Arsenis macht es wütend, dass für die Privatisierungen massiv Umweltvorhaben ignoriert werden. Der Strand dürfte bebaut werden, auch andere Gesetze zählen nicht mehr. „Andere Politiker und auch Journalisten greifen mich jetzt im Fernsehen stark an, ich würde die Wirtschaft behindern“, erzählt er. Der Spielverderber Arsenis wird im Mai nicht ins Parlament gewählt.

Politiker, die sich auflehnen, werden öffentlich abgestraft

In Portugal haben sich Ökonomen zusammengeschlossen, die andere Spielregeln fordern. José de Caldas vom „Observatorio da crise“ der Universität Coimbra hat mit seinen Kollegen extra ein Büro in Lissabon eröffnet. Um in sein Büro zu kommen, muss de Caldas an einem Fitnessstudio vorbei. Über den schwitzenden Körpern auf dem Laufband hängt ein Fernseher, der eine Talkshow mit Portugal's berühmtestem Armutsforscher Joao Ferreira do Amaral überträgt. De Caldas muss kichern. Auch er war erst vor wenigen Tagen wieder in eine Talkshow eingeladen. „Sie lassen uns reden“, sagt der Ökonomeprofessor über die Regierungspolitiker, „aber sie hören uns nicht wirklich zu.“ Sein Team und er versuchen wissenschaftlich zu dokumentieren und zu untersuchen, wie die Krise das Land verändert.

„Was bringt eine Schuldenerleichterung um ein paar wenige Prozent?“, fragt de Caldas. Er kritisiert damit, dass die Verkaufserlöse im Europoly direkt in die Schuldentilgung fließen. Die Summe mache nur einen winzigen Teil der Schulden aus, die aus anderen Gründen weiter anstiegen. Die ausbleibenden Einnahmen aus den profitablen Staatsunternehmen dagegen rissen im Haushalt der kommenden Jahre gewaltige Lücken. Denn so ist das Spiel: Der Staat verkauft und mietet zurück. Das kostet Geld.

Spielverderber und Ökonomen wie de Caldas bekommen auch prominente Zustimmung aus dem Ausland: „Privatisierung ist nicht per se schlecht“, sagte Wirtschaftsnobelpreisträger und Volkswirtschaftsprofessor in Princeton, Paul Krugman, dem Tagesspiegel. „Doch hier gab es eine Menge Ausverkäufe, die wirklich unnötig waren. Die Gewinne wurden privatisiert und die Risiken sozialisiert. Damit wurden auch die Verluste sozialisiert.“ Einen Grund für die Unbeirrbarkeit in der Krisenpolitik in Europa sieht er im Einfluss der Banken – ebenso wie in den USA. „Banker sind sehr eindrucksvolle Leute, offensichtlich erfolgreich und schlau. Und

sie sagen, Unternehmen sollten privatisiert und Banken gerettet werden“, sagt Krugman. „Es ist sehr schwierig, dagegen anzugehen, wenn man ein Arbeiterführer oder ein akademischer Ökonom in einem schlecht sitzenden Anzug ist.“

Tatsächlich sind die Schulden der „Programmländer“ weiterhin erstreckend hoch. Portugal hat nach dem Ende des Troika-Einsatzes Schulden von 129 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, 2011 waren es noch 108 Prozent. In Griechenland sind es 2014 knapp 175 Prozent des BIP, zu Beginn des Programms waren es 148 Prozent.

Die nächste Chance, in Griechenland etwas am jetzigen System zu ändern, wäre wohl zum offiziellen Auslaufen des Troika-Programms 2016. Bisher sieht aber wenig danach aus.

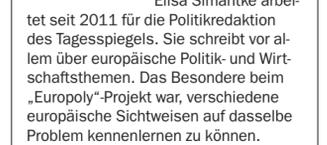
In Portugal ist die Troika-Mission schon seit Frühjahr 2014 offiziell beendet. Die Regierung bezeichnet die Privatisierungen in einem Strategiepapier als einen „erfolgreichsten Aspekt“ des gesamten Stabilisierungsprogramms. Bisher noch nicht beachtete Privatisierungen wollte man fortsetzen.

In Zypern, wo das Spiel erst begonnen hat, hat die Troika vor kurzem gezeigt, dass sie über die Spielregeln nicht verhandeln will: Ein Gesetz, das die kommenden Privatisierungen rechtlich vorbereiten sollte, fiel im Parlament durch. Daraufhin drohte die Troika, die nächste Kredittranche nicht zu zahlen. Die Abgeordneten mussten noch einmal abstimmen. Im zweiten Anlauf wurde das Gesetz genehmigt. Wer sich falsch verhält, muss eben noch mal würfeln.

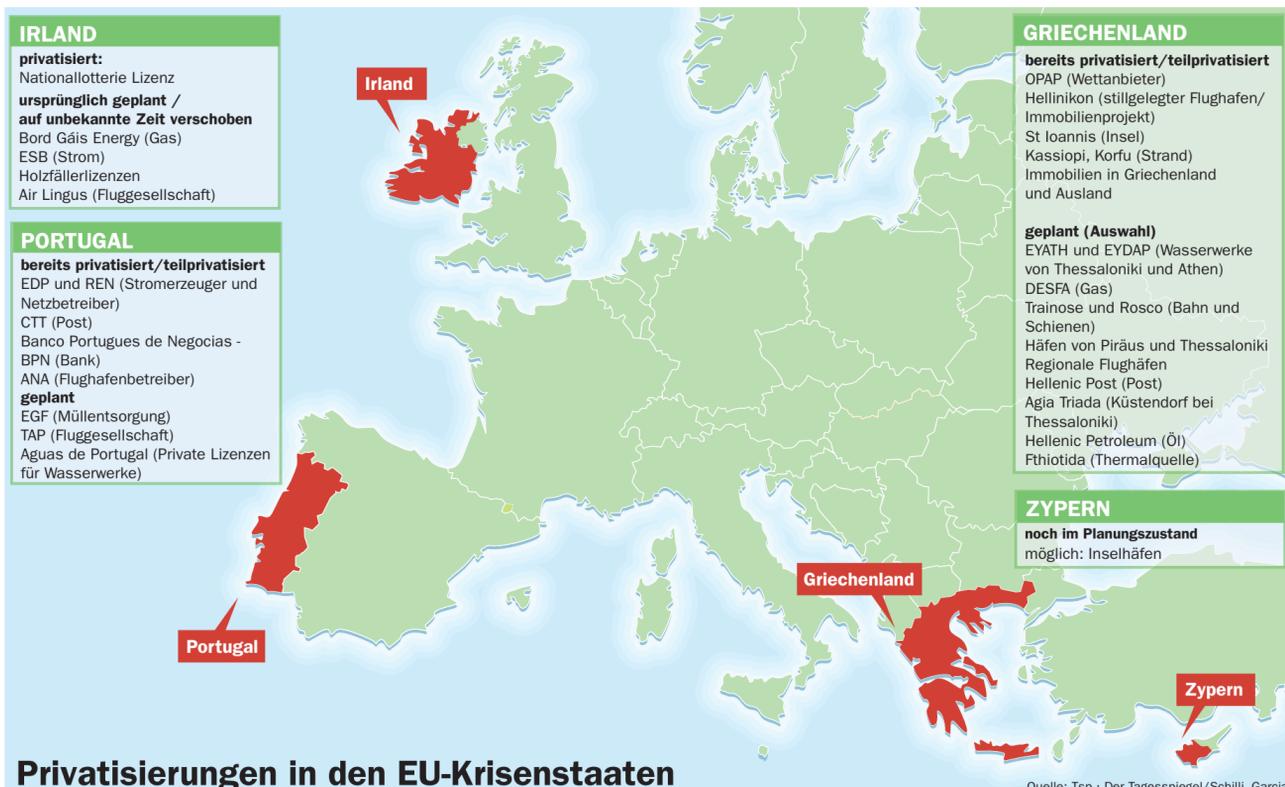
DIE AUTORIN

Europoly-Recherche

Elisa Simantke wurde bei der Recherche zu „Europoly-Privatisierung unter der Troika“ durch ein **Investigativ-Stipendium der Rudolf Augstein Stiftung** unterstützt. Die Autorin recherchierte mehrere Wochen in Portugal und Griechenland vor Ort. Dabei wurde sie von den journalistischen Kollegen Paulo Pena (Publico) in Portugal, Nikolas Leontopoulos (The Press Project) in Griechenland und Harald Schumann (Der Tagesspiegel) in Berlin unterstützt. Aus den EU-weiten Recherchen entstand ein vierseitiges Printdossier und ein Multimediale Projekt mit interaktiven Grafiken und Videos im Netz. Elisa Simantke arbeitet seit 2011 für die Politikredaktion des Tagesspiegels. Sie schreibt vor allem über europäische Politik- und Wirtschaftsthemen. Das Besondere beim „Europoly“-Projekt war, verschiedene europäische Sichtweisen auf dasselbe Problem kennenlernen zu können.



Das **Multimedia-Dossier** mit zusätzlichen Videos und interaktiven Grafiken finden Sie unter europoly.tagesspiegel.de



Privatisierungen in den EU-Krisenstaaten

Quelle: Tsp - Der Tagesspiegel/Schilli, Garcia